

Buchholz soll zur Kinderstadt werden

Buchholzer Liste beantragt **städtische Bewerbung** um den Titel „Kinderfreundliche Kommune“

BUCHHOLZ :: Die Stadt Buchholz soll sich um das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ bewerben. Das fordert die Buchholzer Liste (BuLi) in einem Antrag an den Bürgermeister. Damit würde sich die Stadt verpflichten, die von der UN-Kinderrechtskonvention vereinbarten Regelungen umzusetzen. „Der koordinierende Verein Kinderfreundliche Kommunen e.V. stellte mir bei einer telefonischen Anfrage in Aussicht, dass Buchholz bei einer Bewerbung gute Chancen zur Aufnahme in das Vorhaben hat“, teilt der BuLi-Fraktionsvorsitzende Peter Eckhoff mit. „Mit der Kinder- und Jugendbeteiligung und der Einrichtung eines Jugendrats sind wir in Buchholz schon auf dem richtigen Weg.“ Der Jugendrat wurde in den Herbstferien gewählt und soll in Kürze der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

„Uns geht es nicht in erster Linie um die Erlangung des Siegels „Kinderfreundliche Kommune“, sondern vielmehr um das ernsthafte Bestreben nach einer Stärkung der Kinderrechte“, betont Eckhoff. Formal müssen der Stadtrat und die Verwaltungsspitze

eine Bewerbung um diese Auszeichnung unterstützen.

Die Unicef als Weltorganisation für Kinderrechte hat neun Bausteine beziehungsweise Prüfsteine als Standard für eine kinderfreundliche Kommune festgelegt. Diese sind: Beteiligung – was Buchholz mit dem Jugendrat gerade umsetzt; eine kinderfreundliche Rahmumgebung, also beispielsweise ein kinderfreundliches Klima, schafft die Kommune die Strukturen dafür; ein übergreifender Aktionsplan – damit ist ein ressortübergreifendes Arbeiten im Hinblick auf Kinder und Jugendliche gemeint; Interessenvertretung – haben Kinder und Jugendliche einen Ansprechpartner, wie macht die Kommune auf Hilfsangebote für Kinder aufmerksam; Vorrang des Kindeswohls – wird dies bei politischen Entscheidungen und bei der Verwaltung berücksichtigt; Ausgewiesener Kinderetat – gibt es ausreichend personelle und finanzielle Ressourcen, die langfristig für die Belange von Kindern und Jugendlichen eingeplant sind; Regelmäßige Berichte – gibt es eine lokale Kinder- und Jugendberichterstattung und wie wird

die Umsetzung der Maßnahmen überprüft; Information über Kinderrechte – wie werden sie bekannt gemacht und deren Einhaltung überprüft, was geschieht, wenn Kinderrechte verletzt werden; Unterstützung und Zusammenarbeit mit lokalen Kinderrechtsorganisationen. (cpa)

Hamburger Abendblatt vom 12. November 2015